

Antrag

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und des Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

Veröffentlichung aller Beraterverträge des Landes

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert alle Beraterverträge des Landes zu veröffentlichen. Die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen sind vorzubereiten und dem Tiroler Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss: Rechts-, Gemeinde- und Raumordnung

Begründung

Gemeinsam mit den Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ, und Liste Fritz haben wir schon im Mai 2018 die grundsätzliche Neuausrichtung des Tiroler Transparenzportals gefordert. Es folgten erste Schritte in die richtige Richtung, wie die Informationssitzung über das Transparenzportal mit der Abteilung Verwaltungsentwicklung (Brandmayr, Brida, Kollnig und Winkler). Ein erster positiver Schritt, der sich in unserer Initiative gründet, ist die Tatsache, dass mittlerweile auf der Website vergabeportal.at alle Ausschreibungen von Seiten des Landes Tirols transparent veröffentlicht werden.

Leider zeigt sich bei der Veröffentlichung der Beraterverträge des Landes Tirols, ein komplett konträres Bild. Der gemeinsame Oppositionsantrag (GZ219/18) forderte explizit auch die die Veröffentlichung der Beraterverträge des Landes. Seit-her sind 18 Monate vergangen und es hat sich nichts verändert.

Transparenz muss höchste Priorität in der Politik haben, weil es um die Glaubwürdigkeit geht. Wir sind den Tirolerinnen und Tirolern die transparente Information über die Verwendung von Steuergeldern schuldig. Eine Beratertätigkeit soll nur dann vergeben werden können, wenn sich der Berater dafür bereit erklärt, dass sein Name veröffentlicht werden darf.

Die Offenlegung aller Beraterverträge des Landes Tirol ist für uns NEOS, ein längst überfälliger Schritt und ohne viel Aufwand zu erledigen.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik muss gestärkt werden. Daher fordern wir NEOS einen neuen Stil in der Politik; für Transparenz und Fairness und nicht nur Vertröstungen. Wir sind der Überzeugung, dass es auf allen Ebenen den gläsernen Staat anstelle des gläsernen Bürgers/der gläsernen Bürgerin braucht.



Innsbruck, am 12. Dezember 2019